

Fragen an ... *Françoise Le Bail*

"Wir wollen den günstigen Wind für KMU nutzen"



Le Bail: "Think Small First" ist mehr als ein Slogan – es ist ein Politikverständnis.

Brüssel, 7. Januar 2008 / Sie sind die Triebfeder des Wirtschaftsaufschwungs in der EU; für den Beschäftigungszuwachs in Europa seit zwei Jahren sind sie der Motor schlechthin. Das zeigt Wirkung: Handwerks-, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind im Zentrum der politischen Wahrnehmung angekommen.

Diesen Trend stärken will Françoise Le Bail, die KMU-Beauftragte der Europäischen Kommission. Im Handwerksgespräch mit dem Brüsseler Büro des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) spricht sie über den Neuaufbau des Euro-Info Centre Netzwerks, die

Zwischenbilanz zur KMU Politik der Kommission und den 'Small Business Act für Europa', der im Frühjahr 2008 kommen wird und den europäischen KMU deutlich den Rücken stärken soll.

Welche Vorteile können sich für KMU aus dem Zusammenschluss von Euro Info Centres und Innovation Relay Centres ergeben?

Wir werden die gut eingeführten Euro Info Centres (EIC) und die Innovation Relay Centres (IRC) im Januar 2008 zu einem starken Netzwerk zusammenfassen. Informationen über EU-Politiken, die für Unternehmen und die Industrie wichtig sind, können aus einem Guss angeboten werden, wie beispielsweise über Innovation, Finanzierung, Partnersuche, Förderprogramme oder Gesetzesvorhaben. Rund 600 wichtige Vertreter der Wirtschaftsförderung in der EU und in Drittländern werden zusammen arbeiten – insbesondere Handwerkskammern, Handelskammern, Entwicklungsagenturen, Technologieinstitute und Innovationsförderstellen. Besonderes Augenmerk werden Innovationsaspekte bekommen, denn das neue Netzwerk wird den Wissens- und Technologietransfer zwischen KMU aktiv unterstützen und somit deren Wettbewerbsfähigkeit fördern. Wir

Herausgeber:
Zentralverband des Deutschen Handwerks
Deutscher Handwerkskammertag
Unternehmerverband Deutsches Handwerk

Telefon: +32 / 2 / 230 85 39
Telefax: +32 / 2 / 230 21 66
E-Mail: presse.brussel@zdh.de
Internet: <http://www.zdh.de>

Zentralverband des Deutschen Handwerks
Vertretung bei der EU
Haus der Europäischen Wirtschaft
Rue Jacques de Lalaing 4 1040 Brüssel

werden auch Unternehmen, die in der EU oder darüber hinaus tätig werden wollen, helfen, Partnerunternehmen zu finden.

Wie könnte das in der Praxis aussehen?

Nehmen wir beispielsweise einen kleinen Unternehmer, der den Schritt zur Expansion auf den europäischen Markt wagen möchte. Um Erfolg zu haben, muss er gut Bescheid wissen, wie der Binnenmarkt funktioniert und welche Möglichkeiten dieser ihm bietet. Darüber hinaus kann das Netzwerk ihn über Fördermöglichkeiten beraten, Kontakte zu privaten Geschäftspartnern anbahnen oder ihm bei seinen Behördengängen in einer fremden Umgebung helfen. Wir wollen „maßgeschneiderte“ Lösungen anbieten, individuell angepasst für jeden Ratsuchenden.

Die Europäische Kommission ist sehr an direktem Feedback von Unternehmen interessiert, wie wir die europäische Unternehmenspolitik verbessern können, und ganz besonders natürlich wie wir die allseits beklagte Bürokratiebelastung senken können. Das Netzwerk wird uns deshalb helfen, Unternehmenssorgen aufmerksam zu registrieren und uns Ideen für weniger Bürokratie weiter zu leiten.

Welche Rolle spielen Handwerks- sowie kleine und mittlere Betriebe für den EU-Binnenmarkt eigentlich?

Die wirtschaftliche Bedeutung von KMU in der EU ist außergewöhnlich hoch. In den vergangenen zwei Jahren waren kleine und mittlere Unternehmen der wichtigste Motor für den Beschäftigungszuwachs in der Europäischen Union. Von den Handwerksberufen hatten besonders die Baugewerke großen Anteil daran. KMU sind durch ihre lokalen Wurzeln aber auch sehr wichtig für die soziale Stabilität in EU. Wir sind deshalb froh, dass es seit einigen Jahren immer besser gelingt, KMU und ihre Belange ins Zentrum von politischen Entscheidungen zu rücken – auf europäischer und auf nationaler Ebene. "Think Small First – zuerst an die kleinen Betriebe denken" ist viel mehr als ein Slogan, es ist ein Politikverständnis.

Was ist das Ergebnis des Zwischenberichts zur europäischen KMU-Politik?

KMU kommen im Zentrum der Politik an. Dort gehören sie gemäß ihrer wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Bedeutung hin. Das ist die Kernaussage des Berichts. Im Einzelnen ist es heute einfacher ein Unternehmen zu gründen. Im Jahr 2002 kostete eine Unternehmensgründung 813 Euro und dauerte 24 Tage, heute sind es 554 Euro und 12 Tage [*alle Zahlen beziehen sich auf die EU-15*]. In einigen Ländern gibt es bereits so genannte One-Stop-Shops – eine

einzigste Anlaufstelle für sämtliche Aspekte der Unternehmensgründung. Trotzdem muss es uns gelingen, die Melde- und Dokumentationspflichten noch weiter zu verringern. In der Europäischen Kommission haben wir zehn Sofortmaßnahmen zum Bürokratieabbau gestartet, unter anderem in den Bereichen Gesellschaftsrecht und Arbeitsbeziehungen. Im weiteren Abbau von unnötiger Bürokratie steckt ein enormes Wirtschaftspotential.

Stärker auf KMU ausgerichtet wurden auch die EU-Ausgabenprogramme für den Zeitraum 2007-13. Das Augenmerk liegt auf der Unterstützung von Gründung und Wachstum sowie der Verbesserung der Innovationsfähigkeit. Rund 400.000 kleine Unternehmen werden von diesen Maßnahmen profitieren. Ein weiteres erfolgreiches Element ist die Gesetzesfolgenabschätzung. Gesetzesvorschläge müssen auf ihre Konsequenzen für KMU abgeklapft werden. Künftig werden wir die Folgenabschätzung noch weiter ausbauen. Erfreuliche Nachrichten gibt es auch aus den Mitgliedstaaten. Für den Bericht konnten wir über 250 Verfahren zusammentragen, die KMU das Leben leichter machen. Das geht von vereinfachten Besteuerungsregeln für Kleinbetriebe über den Abbau von Verwaltungsbestimmungen hin zu verbesserten Online-Angeboten.

Inwiefern wollen Sie das Unternehmensumfeld in naher Zukunft verbessern?

Klar ist zunächst einmal, dass wir uns nicht ausruhen werden. Den günstigen politischen Wind – KMU standen auf den Agenden der letzten EU-Ratspräsidentschaften stets weit oben – sollten wir nutzen. Kleinen und mittleren Betrieben machen vor allem zwei Dinge zu schaffen: geringe Ausstattung mit Kapital und zu viel bürokratischer Aufwand. Hierfür Lösungen zu finden wird unsere Arbeit bestimmen. Daneben müssen wir den Betrieben den Marktzugang, auch in Drittstaaten, erleichtern. Wir müssen den europäischen Austausch junger Mitarbeiter fördern. Die finanziellen Weichen dafür wurden bereits gestellt. Mein persönliches Anliegen ist die Stärkung der unternehmerischen Initiative oder des Unternehmergeistes. Eine aktuelle Studie dazu stimmt mich sehr optimistisch: Sie zeigt, dass wieder mehr junge Menschen bereit sind, sich selbständig zu machen. Die EU braucht junge Leute, die mutig sind.

Sie planen einen Small Business Act – politische Leitlinien für die kleinen Betriebe – was verbirgt sich dahinter?

Ich freue mich sehr, dass die Kommission Anfang Oktober 2007 angekündigt hat, die Bedeutung und Sichtbarkeit von KMU durch einen "Small Business Act for Europe" noch stärker zu würdigen. Konkret wollen wir eine Reihe von Maßnahmen in verschiedenen Bereichen vorschlagen, beispielsweise ein weiteres Zurückschneiden von unnötiger Bürokratie, steuerliche Maßnahmen, einen besseren Zugang zu Märkten und Finanzierungsmöglichkeiten, verbesserte Ausbildung und Internationalisierung von KMU.

Um bei dieser Aufgabe erfolgreich zu sein, müssen wir die vielen Facetten der KMU-Gemeinschaft in Betracht ziehen. Dies schließt Handwerksbetriebe und kleine Unternehmen ein, die ein großes Potential zur Stärkung des Wirtschaftswachstums in Europa haben und sowohl bei Innovation und lokaler Entwicklung als auch bei beruflicher Fortbildung und Beschäftigung eine zentrale Rolle spielen. Wir erwarten, dass der Small Business Act for Europe - so unser Arbeitstitel für das Projekt – vor dem Sommer 2008 von der Kommission vorgeschlagen wird, so dass seine Umsetzung während der Französischen Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2008 diskutiert werden kann.